



Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Stefan Schuster, Christian Flisek, Inge Aures, Harald Güller, Arif Tasdelen SPD**

Rechtsextremist in Uniform

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über das laut Recherchen der WELT am Sonntag (Ausgabe vom 14.07.2019) von der Staatsanwaltschaft München I am 09.06.2017 gegen einen ehemaligen Soldaten der Bundeswehr-Universität München eingeleitete Verfahren wegen des Verdachts eines möglichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, zu berichten.

In dem Bericht ist insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

- Welche Hinweise auf die mögliche Beschaffung von Waffen führten zu dem Ermittlungsverfahren gegen L.?
- Welche weiteren Maßnahmen zur Auffindung der Waffen wurden neben der in den Medienberichten erwähnten Hausdurchsuchung durchgeführt?
- Wurden bei der Hausdurchsuchung Daten oder Gegenstände sichergestellt, und falls ja, worum handelte es sich im Einzelnen?
- Wurden bei der Durchsuchung weitere Hinweise auf eine rechtsextremistische Gesinnung des Beschuldigten vorgefunden?
- Wurden bei der Hausdurchsuchung Hinweise zum Besuch der Verteidigungsministerin am 24.06.2017 in München gefunden?
- Gab es im Zusammenhang mit den Ermittlungen den Verdacht, es könne eine gewalttätige Aktion gegen den Besuch der Bundesverteidigungsministerin im Juni 2017 geplant sein und wenn ja, auf welche Hinweise gründet sich das?
- Wurde Material mit Bezug zu politischen Gegnern vorgefunden oder sichergestellt?
- Gab es Anhaltspunkte darauf, dass die Durchsuchungsmaßnahme vom Beschuldigten erwartet worden sein könnte?
- Mit welcher Begründung wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt und verblieb ein polizeilicher Restverdacht?
- Welche Erkenntnisse über Kontakte des ehemaligen Soldaten L. zur Identitären Bewegung lagen zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung und heute vor?
- Wurde der damals Beschuldigte von den Sicherheitsbehörden zum Kreis gewaltbereiter Rechtsextremisten gezählt?
- Hat der ehemalige Soldat aktuell Zugang zu Schusswaffen oder hat er seit seiner Entlassung aus der Bundeswehr nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden an Schusswaffen trainiert?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung bisher im Zusammenhang mit den Handgranatenfunden im Nymphenburg-Biedersteiner Kanal gewinnen können?

- Wurde nach Fund der Sprengmittel Kanal und Umgebung nach weiteren Sprengmitteln abgesucht?
- Welche Maßnahmen zum Schutz von Menschenleben und der Öffentlichen Sicherheit werden ergriffen, wenn an öffentlich zugänglichen Orten Sprengmittel vorgefunden werden, schließt das die Information der Anwohner und der Öffentlichkeit mit ein und wurden diese Maßnahmen auch beim Handgranatenfund am Nymphenburger Kanal ergriffen?

Begründung:

Laut Recherchen der WELT am Sonntag wurde der Soldat L. im Mai 2017 wegen seiner rechtsextremen Gesinnung fristlos entlassen. Darüber hinaus wurde laut Bericht ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eingeleitet, der Soldat könnte sich eine Maschinenpistole oder ein Sturmgewehr beschafft haben. Nach einer ergebnislosen Hausdurchsuchung bei L. wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. Offenbar hielten die Sicherheitsbehörden laut WELT am Sonntag aber auch eine gewalttätige Aktion beim Besuch der Verteidigungsministerin Mitte Juni 2017 in München für denkbar. Die Journalisten wollen Hinweise darauf haben, dass der Beschuldigte mit einer Durchsuchung gerechnet haben könnte und sich entsprechend darauf vorbereitet hat. Der damals Beschuldigte soll heute neben Kontakten zu Burschenschaften eine führende Funktion in einem Regionalverband der Junge Alternative einnehmen.

Am 15. Juli ging das Landeskriminalamt mit einem Zeugenauftrag an die Öffentlichkeit. Im Nymphenburg-Biedersteiner Kanal wurden im Juni 2017 – also in zeitlicher Nähe zum Besuch der Verteidigungsministerin - und erneut im Oktober 2018 insgesamt zwei funktionsfähige Handgranaten gefunden, wobei die erste in einem Transportbehälter im Wasser trieb. Die Sicherheitsbehörden ließen den Kanal am 19. und am 25.06.2019 von Polizeitauchern nach weiteren Waffen absuchen, also im deutlich zeitlichen Abstand zu den Funden, aber kurz nach Anfragen von Journalisten an die Sicherheitsbehörden zum oben genannten Ermittlungsverfahren und dem Verdacht, der Besuch der Verteidigungsministerin könnte gefährdet sein.